

Hannover, den 14.09.2009

Kleine Anfrage zur mündlichen Beantwortung

- . Abgeordneter Hans-Jürgen Klein (Grüne)

Beteiligt sich die Landesregierung mit Steuergeldern an riskanten Geldmarktgeschäften?

Die Rettung der Hypo Real Estate Bank (HRE) im September 2008 wurde von verschiedenen Vertretern der Bundes- und Landesregierungen und der Banken immer wieder damit begründet, dass die Bank „systemrelevant“ sei. Deshalb wurde eine Bürgschaft in Höhe von 87 Milliarden Euro zur Sicherung neuer Kredite für die HRE vom Bund übernommen, für die die Steuerzahler haften.

Relevant für die Einschätzung waren offensichtlich Einlagen von mehr als 100 Mrd. Euro von Banken, Versicherungen, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften, die diese ohne Sicherung bei der HRE angelegt hatten. Allein mehr als 83 Mrd. Euro wurden dort kurzfristig mit Laufzeiten unter einem Jahr angelegt. Angesichts der wirtschaftlichen Situation der HRE dürften diese Anleger die Hauptprofiteure der Rettungsaktion gewesen sein. Ohne Eingreifen des Staates wären diese Anlagen vermutlich weitgehend verloren gewesen.

Der Berliner Tagesspiegel hat am 13.09.2009 die bisher geheim gehaltene Liste der unbesicherten Geldmarktaufnahmen und Schuldscheindarlehen der HRE-Gruppe veröffentlicht. Dabei wurde auch deutlich, dass die Aussage des Soffin-Leiters Hannes Rehm, die ungesicherten Verbindlichkeiten lägen überwiegend bei Renten-, Sozialversicherungen und Kirchenkassen, nicht richtig ist. Hier sollte offensichtlich ein falscher Eindruck erzeugt werden, um die Akzeptanz für die Bankenrettung nicht zu gefährden. Unter den Anlegern befindet sich auch das Land Niedersachsen mit 400 Millionen Euro und die Norddeutsche Landesbank, Hannover mit 111 Millionen Euro.

Ich frage die Landesregierung:

1. Weshalb wurden auch niedersächsische Steuergelder und Nord/LB-Mittel ohne Sicherheit, d.h. mit hohem Risiko, bei der HRE-Gruppe angelegt?
2. Welche Haltung nimmt die Landesregierung zu der Forderung ein, dass die Anleger als Hauptnutzer der Bankenrettung auch an den Kosten beteiligt werden sollten?
3. In welchem Umfang und wo hatte und hat die Landesregierung in 2009 Gelder „unbesichert“ angelegt?

Hans-Jürgen Klein